

Monatsspiegel



Oktober 2016



Adressaufkleber

SPD

Erlangen

Wir schaffen bezahlbaren Wohnraum

„Für alle Menschen in Erlangen müssen Wohnungen verfügbar sein, die sie bezahlen können und die gleichzeitig ihren Bedürfnissen entsprechen.“ Mit diesem zentralen Versprechen sind wir 2014 in den Wahlkampf gezogen. Zwei Jahre später können wir sagen: Wir setzen dieses Versprechen konsequent um. Allein die städtische Gewobau ist derzeit dabei, rund 700 neue Wohnungen im Stadtgebiet zu schaffen. In Büchenbach ist ein weiteres Bauprojekt geplant, bei dem bis zu 250 neue Wohnungen entstehen können. Hinzu kommen private Initiativen: Das Wohnbauunternehmen GBW will im Erlanger Süden ein bestehendes Quartier sanieren und dabei 300 bis 400 neue Wohnungen schaffen, weitere Planungen im Bereich der Isarstraße laufen. Aber auch in kleinerem Umfang entsteht an vielen Stellen im Stadtgebiet gerade neuer Wohnraum.

Bezahlbaren Wohnraum zu schaffen ist eine der wichtigsten Herausforderungen in unserer Stadt. Die Anfragen,

die mich in meiner täglichen Arbeit von Bürgerinnen und Bürgern am häufigsten erreichen, drehen sich um Wohnungsprobleme. Bei der städtischen Abteilung für Wohnungsvermittlung liegen 1.700 Anträge vor, viele davon dringend. Hinter den Anträgen stecken die Schicksale von mehr als 2.500 Menschen, Singles ebenso wie Großfamilien, die aus unterschiedlichsten Gründen in unzureichenden Wohnverhältnissen leben müssen oder sich ihre Wohnung nicht (mehr) leisten können. Die Wohnungsnot kann jeden treffen, beispielsweise nach dem Verlust des Arbeitsplatzes, nach der Trennung vom Partner oder dann, wenn man durch eine Krankheit auf eine Wohnung ohne Barrieren angewiesen ist.

Im Wahlkampf haben wir richtig formuliert, dass „sich die kommunale Wohnungsbaupolitik besonders um die Personen zu kümmern [hat], für die über den Markt keine Wohnungen bereitgestellt werden.“ Dieser Aufgabe stellen wir uns gemeinsam mit der Gewobau

■ **Von Dr. Florian Janik**
Oberbürgermeister



und anderen Wohnbaugesellschaften. Wir haben im Stadtrat durchgesetzt, dass ein Viertel aller neu gebauten Mietwohnungen künftig für den sozialen Wohnungsbau vorzusehen sind. In neuen Baugebieten müssen in Zukunft ein Viertel der Flächen für den geförderten Eigenheimbau ausgewiesen werden.

Unser kommunaler Schwerpunkt liegt ganz klar auf dem sozialen Wohnungsbau. Doch wir unterstützen den Wohnungsbau allgemein: Die Stadtverwaltung hat ein Baulandkataster erstellt, um Bauflächen auszuweisen. Hausbesitzer, die Dachgeschosse ausbauen oder aufstocken wollen, werden von der Stadtverwaltung beraten. Zwischen 2008 und 2013 nahm die Zahl der

Fortsetzung auf Seite 3

■ Termine

04.10.	16:00	Fraktionssitzung	Rathaus	
10.10.	19:00	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
11.10.	19:00	Distrikt Frauenaaurach: Distriktsversammlung	Olive	S. 10
14.10.	19:00	Unterbezirksparteitag	Bubenreuth, Mörsbergei	S. 3
17.10.	19:00	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
18.10.	19:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 11
18.10.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung	Lesecafé	S. 10
19.10.	19:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 10
19.10.	20:00	Distrikt West: Distriktsversammlung	Zur Einkehr	S. 12
20.10.	20:00	Kreismitgliederversammlung	Turnerbund	S. 3
22.10.	10:00	Distrikt Frauenaaurach: Bürgersprechstunde	Gemeindezentrum	S. 10
24.10.	19:30	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
07.11.	19:00	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
08.11.	19:00	Distrikt Frauenaaurach: Distriktsversammlung		S. 10
08.11.	19:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung		S. 11
14.11.	19:00	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
20.11.	12:00	Distrikt Tennenlohe: Gansessen	Schlossgaststätte	S. 11
21.11.	19:30	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
22.11.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung		S. 10

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
 Vorsitzender: Dieter Rosner
 Mitarbeiter: Patrick Rösch
 Friedrich-List-Straße 5,
 91054 Erlangen
 Telefon: 09131-8126522
 Fax: 09131-8126513
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de
 Internet: www.spd-erlangen.de
 Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
 IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:

Montag geschlossen
 Dienstag 13:00 bis 16:00 Uhr
 Mittwoch geschlossen
 Donnerstag 13:00 bis 16:00 Uhr
 Freitag 10:00 bis 12:00 Uhr

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
 Vorsitzende: Barbara Pfister
 Geschäftsführer: Patrick Rösch
 Rathausplatz 1
 91052 Erlangen
 Telefon: 09131-86-2225
 Fax: 09131-86-218 1
 E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
 Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten

Montag 09:00 bis 13:00 Uhr
 Dienstag 09:00 bis 13:00 Uhr
 Mittwoch 09:00 bis 13:00 Uhr
 Donnerstag 09:00 bis 13:00 Uhr
 Freitag geschlossen

Impressum

Herausgeber
 SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen
 monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Philipp Dees (pd, presserechtlich Verantwortlicher, Anschrift wie oben), Lars Thomsen, Sandra Radue (sr), Patrick Rösch (pr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Gerhard Carl, Fabian Dietl, Monika Fath-Kelling, Dirk Goldenstein, Florian Janik, Gisela Niclas, Martina Stamm-Fibich

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

Haushalte um 5,5 Prozent zu, die Zahl der Wohnungen stieg hingegen lediglich um 3,3 Prozent. Handeln ist deshalb dringend geboten. Deshalb gilt: Jede Wohnung, die in Erlangen neu entsteht, hilft den Wohnungsmarkt zu entlasten.

„Beim Neubau und bei der Ausweitung von Wohnraum ist der Flächenverbrauch möglichst gering zu halten.“ Auch das war eine wichtige Aussage der SPD im Wahlkampf. Die Flächen, auf denen die Stadt Wohnbaugebiete in größerem Umfang schaffen kann, sind begrenzt. Angesichts der zunehmenden Zersiedelung unserer Landschaft und der Versiegelung unserer Böden müssen wir mit allen Naturflächen sorgsam umgehen. Es ist deshalb besonders wichtig, durch eine kompakte Bauweise den Flächenverbrauch so gering wie möglich zu halten und vor allem innerhalb der Stadt nach Flächen für den Wohnungsbau zu suchen.

In Erlangen erleben wir derzeit, was auch aus anderen Städten bekannt ist: Der Wunsch vieler Menschen, in der Stadt zu leben, führt zu Konflikten. Wir wollen aber zeigen, dass dichteres Wohnen und Lebensqualität nicht im Widerspruch stehen. In der Housing Area werden deshalb die Wohnbaumaßnahmen zu einer umfassenden Aufwertung des ganzen Quartiers genutzt. Auch in Büchenbach hat die Gewobau eine breite Einbeziehung der Mieterinnen und Mieter angekündigt. Wir bemühen uns zudem, im gesamten Stadtgebiet Grünflächen aufzuwerten, beispielsweise die Wöhrmühlinsel, oder besser zu schützen, wie beispielsweise die Schwabachanlage am Bürgermeistersteg.

Wir wissen, dass unsere Stadt nur noch begrenzt wachsen kann, wenn sie so lebens- und liebenswert bleiben soll. Deshalb engagiert sich die GEwobau auch bei Bauprojekten in Umlandgemeinden wie Spardorf oder Herzogenaurach. Und deshalb ist es auch so wichtig, den Nahverkehr zu stärken und Wohn- und Arbeitsorte miteinander zu verbinden. Auch vor diesem Hintergrund ist der positive Ausgang des Bürgerentscheids zur Stadt-Umland-Bahn von zentraler Bedeutung.

Gemeinwohl und Einzelinteressen zusammenzubringen, ist ein schwieriger Prozess. Das erleben wir auch in Erlangen. Erlangen gemeinsam zu gestalten heißt deshalb, die notwendigen Diskussionen zu führen und zu überzeugen. Ein Ziel behalten wir dabei im Blick: Eine lebenswerte Stadt für alle.

Unterbezirksparteitag mit Schwerpunkt Bundeswahlprogramm

Liebe Genossinnen und Genossen, der Unterbezirksparteitag im Herbst 2015 hat den Prozess zum Entwurf des Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2017 auf den Weg gebracht. Innerhalb der Partei haben sieben Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen getagt, in der Fraktion läuft parallel ein vergleichbarer Prozess. Ende September sollen die Arbeitsgruppen ihre ersten Ergebnisse vorstellen, aus denen dann das Bundeswahlprogramm entwickelt wird. In diesem Rahmen gibt es erfahrungsgemäß einen längeren Austausch zwischen Partei, Fraktion und Bundesarbeitsgemeinschaften, der dann in einem Leitantragsbeschluss des Bundesvorstandes mündet.

Bereits bei der Entstehung des letzten Bundeswahlprogrammes durfte ich als Mitglied im Bundesvorstand der SPD-Selbstständigen die Erfahrung machen, dass Anregungen und Vorschläge, so sie frühzeitig in den Diskussionsprozess eingebracht werden, Gehör finden und in das Programm einfließen. Nachdem der Leitantragsbeschluss des Bundesvorstandes einmal auf Basis der Verhandlungen zwischen Partei, Fraktion und wichtigen Gliederungen der Partei abgeschlossen ist, ist der Spielraum erfahrungsgemäß deutlich geringer.

Wenn wir uns daher effektiv in den inhaltlichen Prozess der Partei einbringen wollen, ist nun der richtige Zeitpunkt.

Der Unterbezirksvorstand hat daher beschlossen, den am 14. Oktober stattfindenden Unterbezirksparteitag als Arbeitsparteitag auszugestalten, auf dem insbesondere inhaltliche Anträge diskutiert und beschlossen werden sollen. Schwerpunktmäßig wollen wir uns in die Debatte des neuen Bundeswahlprogrammes einbringen.

- Eine Beschreibung des Programmprozesses findet Ihr unter: <https://www.spd.de/partei/sicher-gerecht-welttoffen/>
- Die aktuellen Dialogpapiere der Fraktion findet Ihr unter: <http://www.spd-fraktion.de/fraktion/projekt-zukunft>
- Die ersten Berichte der Partei-Arbeitsgruppe findet Ihr unter: <https://www.spd.de/partei/programmkonferenzen-2016/>

Bei Fragen zum aktuellen Stand des Programmprozesses steht Euch auch gerne Fabian Dietl in unserer Unterbezirksgeschäftsstelle zur Verfügung.

Herzliche Grüße
Dirk Goldenstein
Unterbezirksvorsitzender

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Kreismitgliederversammlung am Donnerstag, den 20. Oktober 2016, 20.00 Uhr Turnerbund, Spardorfer Straße 79

Als **Tagesordnung** schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
2. Wohnraum schaffen und unsere Stadt lebenswert erhalten:
Wie packen wir das an?
3. Anträge (siehe Seite 4)
4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
5. Verschiedenes

Dieter Rosner

Dirk Goldenstein

Sandra Radue

Gute Arbeit auch in der Selbstständigkeit!

Antrag an die Kreismitgliederversammlung am 20. Oktober

Antragsteller: Dirk Goldenstein

AdressatInnen: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag

Wir fordern, auch für die „kleinen Selbstständigen“ faire Arbeitsbedingungen zu schaffen. Dies bedeutet insbesondere

- eine bezahlbare soziale Absicherung durch einkommensabhängigen Zugang zu den gesetzlichen Versicherungssystemen (Rentenversicherung, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung) und
- Schutz vor Ausbeutung und Unterdrückung durch übermächtige Vertragspartner.

Begründung:

Die Arbeitswelt ist im Wandel. Unter dem Schlagwort „Arbeit 4.0“ werden hierbei die Auswirkungen der Digitalisierung diskutiert. Dieser Wandel betrifft auch und gerade die selbstständige Tätigkeit:

Viele Soloselbstständige gehören zu den wirtschaftlich Schwachen

Während früher Selbstständige in der Regel wirtschaftlich stark waren und selbst Arbeitnehmer beschäftigt haben, um an deren Wertschöpfung zu partizipieren, wird die „neue Selbstständigkeit“ unter den Bedingungen der Arbeit 4.0 von Soloselbstständigen, die nur ihre eigene Arbeitskraft verwerten, dominiert. Insbesondere in den Wachstumsbranchen IT, Design, Graphik, Programmierung und der Schaffung von Inhalten für das Internet nimmt diese Form der Arbeitsorganisation rasant zu. Auch wenn der Begriff des „Dienstleistungspräkariats“ von den Betroffenen zu Recht als kränkend empfunden wird, trifft dieser das Phänomen doch im Kern.

Der Ausschluss aus der gesetzlichen Sozialversicherung schadet den wirtschaftlich Schwachen

Die Durchschnittseinkommen der Soloselbstständigen liegen teils deutlich unterhalb derer von abhängig Beschäftigten. Darüber hinaus haben diese keinen Zugang zur solidarischen und einkommensabhängigen Absicherung durch das System der gesetzlichen Sozialversicherung. Die Beiträge zur Krankenversicherung sind eine einkommensunabhängige Kopfpauschale, die für den Spitzenver-

diener ein Schnäppchen ist, ein kleines Einkommen aber fast zur Gänze auffrisst. Dies ist vor allem für Familien dramatisch, da ohne Familienmitversicherung für jeden die Kopfpauschale zu bezahlen ist. Eine gesetzliche Arbeitslosenversicherung gibt es nicht. Altersvorsorge kann bei einem unzureichenden freien Einkommen kaum betrieben werden. Die Selbstständigen (sowohl die Reichen wie die Armen!) sollen endlich an der Solidarität teilhaben müssen und dürfen!

Konzerne unterdrücken Soloselbstständige

Unser Rechtssystem unterscheidet nur zwischen Unternehmern und Verbrauchern. Während die Verbraucher berechtigt hohen Schutz genießen und das Recht die Unternehmer hindert, diese über den Tisch zu ziehen, werden alle Selbstständigen, ob groß oder klein, über einen Kamm geschert. Dies ist aber nicht fair, da der Uber-Fahrer und der Ebay-

Händler eben nicht das gleiche Kampfgewicht wie Uber und Ebay haben. Das gleiche gilt auch oft zwischen dem als Franchise-Nehmer formal selbstständigen Kioskbesitzer und dem Immobilienfonds als Vermieter. Das Machtgefälle ist hier viel mehr dem zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vergleichbar. Ein entsprechender Schutz fehlt aber völlig.

In der amerikanischen Diskussion beschreibt die Begriffe des „dependent contractors“ (abhängigen Vertragspartners) diese Mittelstellung zwischen einem Arbeitnehmer und einem Arbeitgeber. Die Macht liegt nicht bei den Anbietern oder Käufern auf Ebay oder Uber, sondern eben bei den Vermittlungsplattformen, die als Quasi-Monopolisten die Regeln und Preise einseitig festsetzen können. Im Zusammenhang spricht man auch vom „Plattformkapitalismus“ und bezeichnet den selbstständigen Anbieter von Dienstleistungen auch gerne als „prosumer“ (deutsch auch „Prosumer“ genannt).

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Oktober Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

- 01.10. Jürgen Sigwart
72 Jahre
- 04.10. Mohammed Rantisi
50 Jahre
- 05.10. Herbert Ritzer
81 Jahre
- 05.10. Udo-Helge Suppan
75 Jahre
- 08.10. Herta Marhoff
79 Jahre
- 08.10. Jürgen Tendel
77 Jahre
- 17.10. Doris Klein
71 Jahre
- 18.10. Günther Krahl
70 Jahre
- 18.10. Fritz Seide
72 Jahre
- 20.10. Marianne Benz
79 Jahre



- 20.10. Hans Jürgen Matern
72 Jahre
- 25.10. Jens Burgard
50 Jahre
- 26.10. Gerhard Trescher
73 Jahre
- 26.10. Johann Hauer
60 Jahre
- 28.10. Alfred Opitz
79 Jahre

Bei diesem starken Machtgefälle ist es geboten, das Verbraucherschutzrecht, beispielsweise die gesetzliche Kontrolle allgemeiner Geschäftsbedingungen oder vergleichbare Regelungen zum Schutz des schwachen Vertragspartners, einzuführen. Hierbei ist auch ein Schutz vor willkürlichem Vertragsentzug wichtig.

Die SPD setzt sich für die Schwachen ein – auch in der Selbstständigkeit

Wer für seinen Lebensunterhalt arbeitet, hat Anspruch darauf, fair behandelt zu werden – unabhängig von Rechtsrahmen seiner Arbeit. Die SPD hat mit Gewerkschaften und Arbeiterbewegung den Schutz und die soziale Absicherung der Arbeitnehmer durchgesetzt. Es war vor allem die SPD, die der Aushebelung dieses Schutzes durch die Scheinselbstständigkeit einen Riegel vorgeschoben hat. Die SPD muss auch denen zur Seite stehen, die „echte“ Selbstständige, aber sozial Schwache sind!

Bericht vom Parteikonvent zu Ceta

Wie alle bayerische Delegierten habe ich auf dem Parteitag gegen den Antrag des Parteivorstands gestimmt. Eine Mehrheit von knapp über 60 Prozent des Konvents hat sich aber dafür ausgesprochen. Die Debatte auf dem Konvent war, anders als manche im Vorfeld, eine sehr sachlich und von beiden Seiten mit vernünftigen Argumenten geführte Diskussion (von wohl unvermeidlichen einzelnen Ausreißern abgesehen).

Meine Ablehnung hatte zwei Gründe: Zum einen natürlich den sehr klaren Beschluss des Landesparteitags vom Juli 2016, der für alle BayerInnen eine Verpflichtung war. Zum zweiten, dass der Parteivorstandsantrag sich um die klare Aussage herumdrückt, dass die „Roten Linien“, die wir uns 2014 gegeben haben, trotz aller Fortschritte mit der kanadischen Regierung überschritten sind. Und

■ Von Philipp Dees

Delegierter zum Parteikonvent



auch wenn es richtig ist, dass die derzeitige kanadische Regierung zu weiteren Verbesserungen bereit ist – möglicherweise sogar weiter gehend als einige europäische Regierungen: Wir haben den Menschen über zwei Jahre immer gesagt, dass es bei einer Überschreitung der Roten Linien kein „Ja“ zu Ceta geben wird. Und wir haben allen unter den Ceta-Gegnerinnen und -Gegner, die in den zwei Jahren immer gesagt haben, das sei doch nur ein Taschenspielertrick, unser Wort gegeben, dass die roten Linien gelten.

Und auch wenn der Parteivorstandsantrag nun formuliert, dass für eine

Martina Stamm-Fibich zur Ceta-Abstimmung am 22. September im Deutschen Bundestag

Ich habe mir die Entscheidung für den Antrag „Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) – Für freien und fairen Handel“ nicht leicht gemacht, mich aber dann doch, wie die große Mehrheit der bayerischen Landesgruppe der SPD im Bundestag, für die Zustimmung mit einer persönlichen Erklärung entschieden, die nachfolgend abgedruckt ist. Wenn heute allerdings final über Ja oder Nein zu Ceta abgestimmt worden wäre, hätte ich ganz klar mit Nein gestimmt.

In dem von SPD und CDU/CSU eingereichten Antrag sehe ich einen wichtigen Schritt in Richtung einer Verbesserung des vorliegenden Vertragsentwurfs. Ein parlamentarisches Verfahren, das transparent und ergebnisoffen geführt wird, kann dabei als Brücke zwischen Befürwortern und Gegnern dienen.

In einer Demokratie muss man verhandeln und diskutieren, wenn man etwas verändern will. Man kann nicht einfach nur Ja oder Nein sagen. Auf dem Parteikonvent hat die SPD nicht einfach Ja gesagt, sie hat ein lautes „Ja aber“ formuliert und klare Bedingungen gestellt zu Arbeits- und Sozialstandards, der Durchsetzung des Vorsorgeprinzips u.a. Zu diesen Bedingungen gehört auch die

Forderung, dass das Europäische Parlament mit den nationalen Parlamenten, auch mit dem Deutschen Bundestag, und mit den Bürgerinnen und Bürgern über CETA diskutiert. Nur so können Lösungen entwickelt und Konflikte gelöst werden. Wir müssen jetzt auf die Stärke der Parlamente insgesamt und des Deutschen Bundestages im Speziellen setzen.

Erklärung nach §31 GO BT der Abgeordneten der bayerischen Landesgruppe zur Abstimmung im Deutschen Bundestag über verschiedene Ceta-Anträge

Im vorliegenden Koalitionsantrag geht es nicht um eine abschließende Abstimmung des Deutschen Bundestages über CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) – Für freien und fairen Handel). Wir sehen in diesem Antrag aber einen Schritt in Richtung einer Verbesserung des vorliegenden Vertragsentwurfs. Es werden die schwerwiegenden Bedenken und Ablehnungsgründe beim Investitionsschutz, bei der wirksamen Durchsetzung des Vorsorgeprinzips sowie von Standards für Arbeit, Soziales, Umwelt und Daseinsvorsorge benannt. Es wird der Wille formuliert, hierbei zu rechtswirksamen Ergänzungen in unse-

■ Von Martina Stamm-Fibich Bundestagsabgeordnete



rem Sinne zu kommen, wie sie auch der SPD-Parteikonvent gefordert hatte.

Die Durchsetzung dieser Ziele soll sich durch das gesamte Verfahren der Beratungen ziehen, angefangen im EU-Ministerrat, bis hin zur Ratifikation im Deutschen Bundestag und Bundesrat. Auch spricht sich der Antrag klar für transparente, schrittweise parlamentarische Verfahren aus. Jeder Schritt ist dabei ergebnisoffen und schließt die Möglichkeit eines Stopps oder einer Ablehnung ein.

Mit dem Koalitionsantrag BT-Drs. 18/9663 vom 20. September 2016 zu CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) – Für freien und fairen Handel) ist eine Zustimmung zu CETA nicht verbunden. Sie wäre für uns nach heutigem Stand auch nicht möglich. Sie wäre nur dann denkbar, wenn wesentliche Verbesserungen an dem Abkommen am Ende des Prozesses rechtsicher festgehalten sind.

Zustimmung noch einige Bedingungen zu erfüllen sind: Am Ende steht ein „Ja“ trotz überschrittener roter Linien. Für eine erfolgreiche Sozialdemokratie ist aber das Vertrauen der Menschen wesentlich. Das, was einmal gesagt wurde, muss auch gelten. Deshalb kann man mit „Roten Linien“ nicht beliebig umgehen. Genau dies aber tut der Antrag des Parteivorstands – daher konnte es für mich auch nur ein „Nein“ dazu geben.

Sehr irritierend war, dass das Tagungspräsidium am Ende zunächst eine Abstimmung über Änderungsanträge nicht zulassen wollte – auch über den zentralen Änderungsantrag aus Bayern, der aus dem „Ja, aber“ des Parteivorstands-Antrags ein „Nein, wenn nicht alle roten Linien eingehalten werden“ gemacht hätte. Erst mit mehreren Geschäftsord-

nungsanträgen konnte zumindest eine Abstimmung über diesen wesentlichen Antrag erzwungen werden, die dann ähnlich ausging wie die Schlussabstimmung. Wir haben in der bayerischen Delegation vereinbart, dass dieses mangelhafte Demokratieverständnis der Sitzungsleitung in den Gremien thematisiert wird. Aber: Eine unseren Geschäftsordnungsregeln entsprechende Vorgehensweise der Sitzungsleitung hätte nicht zu einem anderen Ergebnis der Abstimmung geführt.

Deshalb gilt trotz dieses Mangels: In der Gesamtschau hat der Konvent zwar eine Entscheidung getroffen, die ich für falsch halte. Aber sie ist nach einer offenen, sachlich geführten Diskussion zustande gekommen. Und zu einer demokratischen Partei gehört für mich auch, zu akzeptieren, wenn man nicht in der

Mehrheit war. Es gilt nun, den weiteren Prozess zu begleiten und sehr kritisch darauf achten, dass die vom Konvent beauftragten Nachbesserungen und Klärstellungen zu Ceta auch so verhandelt und rechtsverbindlich vereinbart werden (eine reine Absichtserklärung reicht bei weitem nicht aus). Und ich gehe davon aus, dass die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament und im Bundestag dies ebenso einfordern und ihre Zustimmung nur erteilen, wenn alle im Konventsbeschluss enthaltenen Bedingungen erfüllt sind.

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatspiegel
November 2016:
21. Oktober 2016

Inklusion statt Fürsorge: Kommt endlich das Bundesteilhabegesetz?

Schon jetzt ist das sozial- und arbeitsmarktpolitische Feld der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung und alle, die in Verwaltung und Politik damit befasst sind, ein kompliziertes, über viele Rechtskreise verteiltes Regelwerk. Und nicht nur das. Es ist noch immer vom Grundsatz der Fürsorge bestimmt, anstatt Inklusion durch gerechten Nachteilsausgleich, z.B. durch Zahlung eines Teilhabegeldes für Hilfeberechtigte, zu sichern. Jahrzehntlang haben Menschen mit Behinderung, Sozialverbände und insbesondere die Selbstbestimmt-Leben-Bewegung – hier in Erlangen prominent vertreten durch unsere neue Ehrenbürgerin Dinah Radtke – für ein Teilhabegesetz gekämpft, das die gesamte Eingliederungshilfe endlich unter ein modernes, gemeinsames Gesetzesdach bringt. Auch wir Sozialdemokraten haben uns dieses Ziel auf die Fahnen geschrieben. Im Koalitionsvertrag der derzeitigen Bundesregierung wurde die Gesetzesreform verbindlich vereinbart.

BtHG-Entwurf: Die Bundespolitik muss nachbessern

Nach einer langen Vorlaufzeit mit viel Dialog zwischen der Berliner Politik und den Betroffenen und ihren Verbänden

hat das Ministerium von Andrea Nahles im Frühsommer nun einen Kabinettsentwurf vorgelegt, der jetzt, nach der Sommerpause in die parlamentarische Beratung gegangen ist. Noch vor Weihnachten 2016 soll das neue Bundesteilhabegesetz (BtHG) verabschiedet werden.

Die Eingliederungshilfe (EGH) für Menschen mit Behinderung ist eines der wichtigsten und umfangreichsten Aufgabenfelder des mittelfränkischen Bezirkstages bzw. der bayerischen Bezirke. Seit der Ratifizierung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen durch die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2009 arbeite ich zusammen mit der SPD-Bezirkstagfraktion in engem Dialog mit den Behinderten und ihren Vertretungen an einer Weiterentwicklung der EGH. In den letzten Monaten haben wir daher als Fraktion einen Arbeitsschwerpunkt auf die kritische Auseinandersetzung mit dem Berliner Gesetzesentwurf gesetzt.

SPD-Bezirkstagfraktion organisiert Debatte und Parteitag

Nach vielen Gesprächsrunden mit Betroffenen, Beiräten, Einrichtungen, Verbänden usw. haben wir die Ergebnisse dieses Dialogs in einem Initiativ-

■ **Von Gisela Niclas**
Vorsitzende der Bezirkstagfraktion



antrag zum Bezirksparteitag der MittelfrankenSPD am 8. Juli gebündelt. Der einstimmig angenommene Antrag wurde sofort weitergeleitet an den Landesparteitag der BayernSPD am 16. Juli und auch dort ohne Gegenstimmen beschlossen. Obwohl die Beratungszeit zwischen der Veröffentlichung des Gesetzesentwurfs und den „letzten“ Parteitag vor Beginn der Lesungen im Deutschen Bundestag sehr kurz war, ist es gelungen, die Anliegen der Menschen mit Behinderung zur deutlichen Verbesserung des Gesetzesentwurfs in die SPD einzubringen. Ich wünsche den Genossinnen und Genossen in der Bundestagsfraktion Durchsetzungskraft und Mut, die berechtigte Kritik und den Protest der Betroffenen umzusetzen in ein BtHG, das Inklusion durch Selbstbestimmung und Teilhabe sichert.

Der nachfolgend dokumentierte Antrag fasst sowohl die Diskussion der letzten Monate als auch die Forderungen an die Bundespolitik zusammen. Er wurde einstimmig auf dem Landespar-

teitag der BayernSPD am 16. Juli 2016 in Amberg beschlossen.

Beschluss der BayernSPD zum Entwurf des Bundesteilhabegesetzes

Das Bundesteilhabegesetz ist eine der großen sozialpolitischen Reformen in dieser Legislaturperiode. Unser Ziel ist es, Teilhabe und Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderungen zu schaffen. Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf sind wichtige und richtige Schritte in diese Richtung gemacht worden, wie z.B. ein bundeseinheitliches Verfahren zur Bedarfsfeststellung unter Beteiligung der Betroffenen, Verbesserung der Abstimmung zwischen den einzelnen Leistungsträgern, Einstieg in die Freistellung von Einkommen und Vermögen, Einrichtung unabhängiger Beratungsstellen, das Budget für Arbeit als Alternative zur Beschäftigung in einer Werkstatt, bessere Mitbestimmung und Mitwirkung von Werkstattträtern u.a.

Der von der Behindertenrechtskonvention und den Betroffenen geforderte Paradigmenwechsel von der Fürsorgeleistung zu einem gerechten Ausgleich der Benachteiligung von Menschen mit Behinderung ist allerdings noch nicht erreicht.

Nach dem vorliegenden Entwurf ist davon auszugehen, dass die Betroffenen nach wie vor das günstigste Wohn- und Hilfeangebot annehmen müssen. Die Entscheidung treffen damit letztendlich die Kostenträger. Gleichberechtigte Teilhabe und Selbstbestimmung bedeutet aber konsequente Beachtung des Wunsch- und Wahlrechts. Ebenso gehört dazu das persönliche Teilhabegeld, zumindest aber der Einstieg. Dabei wäre auch die Finanzierung dieser Leistungen klar zu regeln: Bund, Land und Bezirk (bzw. die in anderen Bundesländern zuständigen kommunalen Kostenträger) sollten die Kosten zu je einem Drittel übernehmen.

Anstelle des Einstiegs in ein persönliches Teilhabegeld ist parallel, aber unabhängig zur Einführung des BTHG eine weitere Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen geplant. Angesichts der immensen Aufgaben der Städte und Gemeinden bei der Integration von Flüchtlingen und der Schaffung von ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum für Menschen mit niedrigem Einkommen ist dies grundsätzlich zu begrüßen; es muss jedoch sicher gestellt werden, dass beim Einsatz und der Verteilung von Finanzmitteln die

Interessen von Menschen mit Behinderung nicht ins Hintertreffen geraten. Ein Staat, der Banken mit Milliardenbeträgen „rettet“, muss im Interesse seiner Glaubwürdigkeit auch in der Lage sein, Inklusion zweckgebunden und angemessen zu finanzieren.

Wir unterstreichen daher die Feststellung von Verena Bentele, der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen: „Die Menschen mit Behinderungen wurden im vergangenen Jahr vom Bundesarbeitsministerium vorbildlich an den Vorbereitungen des BTHG beteiligt. Jetzt aber liegt ein Gesetzesentwurf vor, in dem die Betroffenen wichtige Forderungen nicht erfüllt sehen. Aus der bisherigen Beteiligung wird Stück für Stück Protest. Damit dieser nicht ungehört verhallt, setze ich mich gemeinsam mit den Verbänden der Menschen mit Behinderungen dafür ein, dass es noch Änderungen an dem Gesetz geben wird. Dafür muss weiter das Expertenwissen der Menschen mit Behinderungen einbezogen werden. Nur so werden sich alle letztlich hinter das Bundesteilhabegesetz stellen können und wir gemeinsam mit Ministerin Nahles das Ziel erreichen, ein gutes Bundesteilhabegesetz zu schaffen.“

Unsere Werte Solidarität, Gerechtigkeit und Achtung der Menschenrechte in unserer Gesellschaft verpflichten uns zur bestmöglichen Verbesserung des vorliegenden Gesetzesentwurfs.

In diesem Sinn unterstützen wir die Feststellung der SPD-Bundestagsfraktion in ihrer Pressemitteilung am 28. Juni 2016: „Das Bundesteilhabegesetz ist ein großer Schritt mit deutlichen Verbesserungen und der Einstieg, um Menschen mit Assistenzbedarf aus der Sozialhilfe zu holen. Nichtsdestotrotz sehen wir aber auch noch weiteren Ergänzungsbedarf. Im parlamentarischen Verfahren wird sich die SPD-Bundestagsfraktion für weitere Verbesserungen im Sinne der Betroffenen einsetzen.“

Die inzwischen laufende breite Debatte zum Gesetzesentwurf des BTHG verdeutlicht die Notwendigkeit der politischen Nacharbeit. Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich v.a. in folgenden Punkten für weitergehende Verbesserungen am vorliegenden Entwurf einzusetzen:

- Menschen mit Behinderung haben Anspruch auf gleichwertige Lebensbedingungen unabhängig von ihrem Wohnort. Das neue Gesetz muss

bundeseinheitlich gleiche Zugangsregelungen zur Eingliederungshilfe sicherstellen.

- Menschen mit Behinderung darf der Zugang zur Eingliederungshilfe nicht erschwert werden. Durch die beabsichtigte neue Regelung (in 5 aus 9 Lebensbereichen muss ein Hilfebedarf nachgewiesen werden) laufen Menschen mit bereits bestehendem Leistungsanspruch Gefahr, aus der Eingliederungshilfe herauszufallen; Menschen mit künftigem Bedarf wird der Zugang erschwert.
- Der nachhaltige Aufbau und die dauerhafte Finanzierung unabhängiger Beratung unter Einbeziehung des „Peer-Counselings“ ist zu gewährleisten.
- Die personenzentrierte Gewährung von Eingliederungshilfe in einem Teilhabeplanverfahren („Eingliederungshilfe wie aus einer Hand“) darf zu keiner Ausweitung von Bürokratie führen. Die Kostenträger einzelner Leistungen sind zur Zusammenarbeit zu verpflichten.
- Das durch die Behindertenrechtskonvention garantierte Wunsch- und Wahlrecht in der Lebensgestaltung von Menschen mit Behinderung darf durch den Kostenvorbehalt nicht konterkariert werden. Bei der verbesserten Teilhabe am Arbeitsleben durch größere Auswahlmöglichkeiten müssen gleiche Qualitätsstandards gewährleistet werden. Ein Rückkehrrecht in die Werkstätten für behinderte Menschen ist ohne Nachteile für den Rentenanspruch zu gewährleisten.
- Bezug von Eingliederungshilfe und Leistungen der Pflegeversicherung dürfen sich nicht ausschließen. Kein „Abschieben“ in die Pflege!
- Die Anrechnung von Einkommen und Vermögen der Betroffenen und ihrer Partner/Angehörigen muss beendet werden.

Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, bei der Verteilung der Bundesmittel für die Kommunen auf Länderebene und beim Finanzausgleich nach § 15 FAG den Bezirken als 3. kommunale Ebene und Kostenträger der Eingliederungshilfe ausreichende Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben bei der Umsetzung des künftigen BTHG direkt zur Verfügung zu stellen. Die SPD-Landtagsfraktion wird gebeten, zu gegebener Zeit die hierfür erforderliche politische Initiative zu unternehmen.

IG Metall feierte ihre Gründung vor 125 Jahren

Vor 125 Jahren gründete sich der Deutsche Metallarbeiter-Verband, die größte Vorgängerorganisation der IG Metall. In dieser Zeit riskierten Menschen viel, wenn sie sich einer Gewerkschaft anschlossen. Sie kamen auf schwarze Listen und wurden entlassen, etwa weil sie kürzere Arbeitszeiten und höhere Löhne forderten. Im Juni 1891 schlossen sich Arbeiterinnen und Arbeiter zusammen, um für eine bessere Arbeits- und Lebenswelt zu kämpfen. Nicht nur für einzelne Berufsgruppen, sondern für die gesamte Industrie. Ein Betrieb – eine Gewerkschaft – ein Tarifvertrag. Das Prinzip der Tarifeinheit war und ist der gelebte Wert der IG Metall seit der Gründung. Ohne die Mitbestimmung und einen aktiven Sozialstaat wäre das Erfolgsmodell Bundesrepublik nicht möglich gewesen.

Zu Beginn der Industrialisierung arbeiten die Menschen zwischen 14 und 17 Stunden. Von Anfang an kämpfen sie daher um kürzere Arbeitstage, um mehr Zeit für sich und für ihre Fami-

lie. Die bahnbrechenden technischen Erfindungen, vor allem ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, führen zur industriellen Revolution. Spätestens ab Beginn des 19. Jahrhunderts ist der rasante Siegeszug der Maschinen nicht mehr zu bremsen. Der massenhafte Einsatz von Dampfmaschine und Lokomotive, von Spinn- und Webmaschine führt zum Aufbau riesiger Betriebe, die sehr viel produktiver sind als die alten Handwerksbetriebe. Erste Fabriken der Schwerindustrie entstehen. Mit ihnen ändern sich das Leben und die Arbeitsbedingungen für die Menschen komplett und in einer nie da gewesenen Geschwindigkeit. Industrielle Massenproduktion ersetzt hier zunehmend die alten Handwerksbetriebe. In den Fabriken bestimmen die Maschinen Tempo und Ablauf der einzelnen Arbeitsschritte. Die Arbeit ist in hohem Maße belastend, gesundheitsgefährdend und gefährlich. Das Zeitdiktat der Fabrikbesitzer ist unnachgiebig, überlange Arbeitszeiten und allenfalls kurze Pausen

■ Von Gerhard Carl

der Normalfall. Während der Arbeit sind die Menschen schutzlos Lärm, Gestank, Dreck und Giften ausgesetzt. Die Zahl der Arbeitsunfälle ist hoch, die Löhne für die ArbeiterInnen sind kärglich. Die industrielle Revolution wird zur Geburtsstunde der Arbeiterbewegung, Genossenschaften und Gewerkschaften gründen sich. Sie kämpfen gegen die unmenschlichen Arbeitsbedingungen sowie für eine bessere Arbeits- und Lebenswelt.

Bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gründeten ArbeiterInnen „Suppenvereine“ und Krankenunterstützungskassen, um sich gegenseitig zu helfen, sowie Arbeiterbildungsvereine, um sich Zugänge zu Bildung zu verschaffen. Ab der Revolution von 1848 entstehen dann die ersten Gewerksgenossenschaf-



Rebecca Friedrich
Kundenberaterin in der Geschäftsstelle
Herzogenaurach – Haydnstraße

Banking ist einfach.



sparkasse-erlangen.de

Ihre Sparkasse für zuhause und unterwegs!

direkt GIRO – das kostenlose* Online-Konto bietet Ihnen umfangreiches und sicheres Online-Banking via PC, Tablet und Smartphone-App.



Alle Informationen erhalten Sie bei unseren Beratern oder unter Telefon 09131 824-500 (Mo. – Fr. jeweils von 8:00 bis 20:00 Uhr).

* Entgelte für Online-Banking: ChipTAN-Generator einmalig 16,09 € inkl. Versand; SMS-TAN 0,09 € und Push-TAN 0,04 € pro Benachrichtigung. Stand: 03/2016



ten, die auch Unterstützung bei Streik leisten, etwa 1869 die Metallarbeiter-Gewerksgenossenschaft in Nürnberg. Immer öfter streiken sie gegen die unmenschlichen Arbeitsbedingungen. Sie wollen Tarifröhne durchsetzen, damit die Arbeitgeber die ArbeiterInnen nicht mehr gegeneinander ausspielen können. Und sie wollen die Arbeitszeit verkürzen, von oft 14 bis 16 Stunden am Tag auf zuerst 10 und dann 8 Stunden.

Mit dem Kieler Matrosenaufstand beginnt im November 1918 die Revolution. Bereits im Januar hatten MetallarbeiterInnen in Rüstungsbetrieben gegen den Krieg gestreikt. Angesichts der Unruhen geben die Kapitalvertreter ihren Widerstand gegen Tarifverträge auf. Die Gewerkschaften hatten seit Jahrzehnten um die Anerkennung als legitime Vertreter der ArbeiterInnen gekämpft. Der größte Erfolg des Abkommens ist aus Gewerkschaftssicht, dass der Vertrag die regelmäßige Arbeitszeit in allen Betrieben auf acht Stunden ohne Lohnabzug festsetzt.

Am 2. Mai 1933 stürmen Nazitruppen die Gewerkschaftshäuser. Sie verwüsten die Büros, misshandeln und verschleppen Gewerkschafter. Die Ge-

werkschaften werden verboten, enteignet, zerschlagen. Den Zeitpunkt zum Widerstand haben sie verpasst. Als die Nazis am 30. Januar 1933 an die Macht kamen, warteten sie ab. Ruhe bewahren, hieß die Devise. Notfalls könne man ja noch den Generalstreik ausrufen, wie damals 1920 beim Kapp-Putsch. Als die Nazis dann innerhalb weniger Wochen den Staatsapparat und die Polizei in ihre Gewalt bringen und erste Gewerkschaftshäuser besetzen, schreiben die Gewerkschaftsvorsitzenden Bittbriefe. In den letzten Wochen vor der Zerschlagung biedern sie sich bei den Nazis an, um ihre Organisation zu retten. Vielen Mitgliedern an der Basis passt das nicht. Sie würden lieber kämpfen. Die Ergebenheit nutzt nichts. Am 2. Mai 1933 sind die freien Gewerkschaften zerschlagen. Viele Gewerkschafter werden von den Nazis in die neu errichteten Konzentrationslager verschleppt. Einige überleben die kompletten zwölf Jahre Nazidiktatur im KZ und leisten dort Widerstand, etwa die Buchenwald-Gruppe um den späteren IG-Metall-Bezirksleiter Willi Bleicher.

Nach dem zweiten Weltkrieg bauen die Beschäftigten ihre Betriebe wie-

der auf. Meist ohne Arbeitgeber: Die sind weg, in Haft oder geflohen, weil sie oft aktive Nazis waren und von den siegreichen Alliierten verfolgt werden. Die Betriebsräte übernehmen die Koordination und organisieren Rohstoffe, um die Produktion wieder anzufahren. Produziert wird, was zum Leben gebraucht wird. Der Betrieb wird zum Versorgungszentrum für die Beschäftigten und ihre Familien.

Kaum haben die Alliierten die Nazis vertrieben, beginnen auch die Gewerkschafter mit dem Neuaufbau. Bereits am 18. März 1945, zwei Monate vor Kriegsende, gründen Gewerkschafter im gerade befreiten Aachen den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund als Einheitsgewerkschaft für alle politischen Richtungen. Das war eine Lehre aus der Zerschlagung 1933. Die Zersplitterung der Gewerkschaften in Sozialdemokraten, Kommunisten, Christen und Liberale hatte es den Nazis leicht gemacht.

1949 bekommt die Arbeit der Gewerkschaften wieder eine rechtliche Grundlage. Am 9. April 1949 tritt das Tarifvertragsgesetz in Kraft. In 13 Paragraphen regelt es bis heute das Tarifgeschehen.

Aus dem Bauch gesprochen: Jetzt wird es eng....

Die ZEIT Nr. 36 titelt „Weckgläser wagen – Jetzt wird es eng“, wenn man die beiden Titel der Frontpage-Artikel in einer Zeile liest. Und: Es wären „genug Hams-terwitz“ gemacht.

Dabei ist hemmungsloses Lachen das einzig probate Mittel gegen „die Angst“. Wie alte Spinnweben lagern sich die Trümmer und Reste der Nachrichtenflut auf unsere Gemüter. Unsere Newsdealer bringen uns auf allen Wahrnehmungskanälen ans Limit unserer Aufnahmefähigkeit, Empathiefähigkeit und unseres Selbstbehauptungswillens. Entkommen? Ist so gut wie unmöglich. Unser Lebenswille wird peu à peu auf Überlebenswille reduziert. Wer wagt noch von Lebensfreude zu sprechen oder gar seiner Lebensfreude freien Lauf zu lassen? Das hat arg den göüt von Leichtsinn und „mangelnder intellektueller Durchdringung der Komplexität

der herrschenden Problemstellungen“. Nur Narren und Kinder freuen sich noch. Von Letzteren wird es sogar erwartet.

Auf diese Gemengelage jetzt das „Unternehmen Notration“. Gewagtes timing! Seit Mitte der 70er des vergangenen Jahrhunderts wurde die staatliche Notfallvorsorge Stück für Stück verschlankt, dann rückgebaut, dann abgeschafft. Ehemalige „Atombunker“ taugen heute gerade noch als gelegentliches Stadtführungshighlight zum Gruseln, aber nicht mehr als Notunterkünfte oder Behelfskrankenhaus. Es müsste schließlich nicht gleich ein Atomkriegsszenario sein, das den Erhalt und die Pflege solcher Einrichtungen sinnvoll macht.

Nochmal zurück zu den Stichworten Lebensfreude und Kinder: Sicher kennen viele von euch das Kinderbuch „Frederick“. Der kleine Mäuser, der im Sommer und Herbst nur wenig zum Lebensmittelvor-

■ Von Monika Fath-Kelling



rätesammeln der Familie Maus beige-tragen hat. Stattdessen im Gras gelegen hat, träumt, „Farben sammelt“, wie er es nennt. Als die Lebensmittelvorräte im harten Winter zur Neige gehen schafft es Frederick, die Familie mit seinen Erzählkünsten vor der Verzweiflung und dem Aufgeben zu bewahren. Fazit: Angenommen es wird künftig wirklich „eng“: Dann sollten wir jetzt ernsthaft nachdenken welche „Erzählung“, welche Lebenskultur, welches Ziel wir künftig gemeinsam verfolgen wollen. Wir sind nämlich gerade drauf und dran, das grundsätzliche „Farben sehen“ zu verlernen.

■ Distrikte

■ Distrikt Eltersdorf

Vorsitzender:

Christian Maurer
christian2401@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

**Mittwoch, 19. Oktober,
19 Uhr, Schützenhaus**

Tagesordnung:

wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Christian Maurer

■ Distrikt Frauenaaurach

Vorsitzende:

Gabi Dorn-Dohmstreich
Telefon: 992114
gabi.dorn-dohmstreich@franken-
online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
unsere nächste Distriktsversammlung
findet statt am

**11. Oktober, 19 Uhr, Olive,
Nebenraum**

Weitere Termine sind am 8. November
und 13. Dezember (Weihnachtsfeier).

Außerdem findet am 22. Oktober um
10 Uhr unsere Bürgersprechstunde im
Gemeindezentrum Frauenaaurach zum
Thema „Verkehr“ statt.

Für den Vorstand
Jens Schäfer

Protokoll vom 6. September

1. 750-Jahr-Feier-Frauenaaurach:

Die Vereinssatzung wurde nun anerkannt und der Verein existiert jetzt offiziell.

2. Auf die Plätze:

Plakate werden in ganz Frauenaaurach aufgestellt, Flyer in alle Haushalte verteilt. Die Gebiete dazu wurden aufgeteilt. Außerdem werden ortsansässige Geschäfte, der Ortsbeirat sowie der Ortsring eingeladen.

3. Bürgersprechstunde:

Der Termin ist auf den 22. Oktober um 10 Uhr festgelegt. Thema wird „Ver-

kehr“ sein, dazu kommt Felizitas Traub-Eichhorn als Sprecherin der Fraktion. Plakatiert wird etwa zwei Wochen vor der Veranstaltung auf den bestehenden Ständern. Details werden in der nächsten Sitzung am 11. Oktober geplant.

4. Haushaltsanträge:

- Bürgerhaus Kriegenbrunn
- Weitere Hortplätze in Frauenaaurach/Kriegenbrunn
- Ferienbetreuung westlich des Kanals
- Hochwasserfeste Fahrradverbindung Frauenaaurach – Bruck
- Fahrradweg Pappenheimer Straße – Herdegenplatz
- Fahrradweg Kraftwerkstraße
- Geschützte Fußwegverlängerung in der Abfahrt Herzogenaauracher Damm/Schallershofer Straße

5. Gewerbegebiet Geisberg:

Die Bürgerinitiative will im Herbst wieder eine Infoveranstaltung zum Geisberg planen.

6. Bedarfsermittlung Jugendhilfeausschuss

Im Jugendhilfeausschuss im Oktober wird die Stadtverwaltung den ermittelten Bedarf vorstellen. Diese Bedarfsermittlung findet zwei mal jährlich statt. Der Bildungsreferent ist gegen Containerlösungen, da diese nicht gut für Kinder sind.

Für den Vorstand
Jens Schäfer

■ Distrikt Innenstadt

Vorsitzende:

Monika Fath-Kelling
Telefon: 897065
kellingmo@nefkom.net

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich lade euch herzlich ein zur

**Distriktsversammlung
am 18. Oktober, 20 Uhr,
Lesecafé, Altstadtmarkt-
passage**

Herr Jordan wird an diesem Termin sein Konzept für den Weihnachtsmarkt auf dem Altstädter Kirchplatz erläutern. Interessierte Gäste sind herzlich willkommen.

Die weiteren Termine unseres Distrikts in diesem Jahr: 22. November – 20. Dezember.

Solidarische Grüße
Monika

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktversammlung am Dienstag, 18. Oktober, (!!), 19 Uhr, Schlossgast- stätte

Bitte neuen Termin beachten!

Tagesordnung:

- 1) Aktuelles
- 2) Nachgeholt: Diashow zum Ausflug im August.
- 3) Die Haltung der SPD zu CETA
- 4) Ortsteilbeiräte im Stadtgebiet als neues demokratisches Instrumentarium
- 5) Probleme Nachverdichtung und Landesgartenschau
- 6) Verschiedenes

Außerdem laden wir euch recht herzlich ein zum

Gansessen bei Fritz Klein im „Schlößla“ am Sonntag, 20. Novem- ber, 12 Uhr, Schloßgast- stätte

Der Distrikt freut sich auf euer Erschei-
nen und auf gute Gespräche.

Wir bitten um kurze Rückmeldung an
Rolf Schowalter.

Weitere Ankündigungen

Distriktversammlungen am 8. Novem-
ber und am 13. Dezember.

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Protokoll der Distriktsver- sammlung vom 12. Juli

TOP 1: Aktuelles

Entfällt

TOP 2: Bericht vom Ortsbeirat

- Der Antrag auf Einrichtung einer Bus-
haltestelle an der B4 (Linie 30) wurde
einstimmig abgelehnt. Die langen
Gelenkbusse bräuchten sehr weit
ausgebaute Haltebuchten, der finan-

zielle Aufwand wäre zu groß. Außer-
dem würde die Haltestelle in jedem
Fall sehr weit vom Ortskern entfernt
liegen.

- Es wurde der Antrag gestellt, dass
der letzte Bus der Linie 30 am Abend
Tennenlohe bedienen soll. Alternati-
v könnte ab 20 Uhr die Linie 30 die
Linie 20 übernehmen und durch die
Sebastianstraße fahren.
- Umbenennung der Haltestellen
„Böhmlach“ und „Tennenlohe“ wur-
de angeregt.
- „Senioren-Bewegungsparcour“ am
Heuweg wird aufgrund von Anwoh-
nerprotesten nicht weiterverfolgt.
Ein geeigneter Platz für den Bewe-
gungsparcours wird weiterhin ge-
sucht.
- Die Erweiterung des Bolzplatzes im
Hutgraben zu einem Grillplatz mit
Tischen und Bänken wird vom OBR
mehrheitlich vehement abgelehnt.
Die anwesenden Distriktsmitglieder
halten Tische und Bänke dagegen für
dringend erforderlich. Ebenso ist eine
Aufwertung des Platzes wünschens-
wert.
- Im September wird von Mitgliedern
des OBRs eine allgemeine Spielplatz-
begehung stattfinden.

TOP 3: Ausblick

- Kerwa: 13 Künstler stellen aus.
- SPD-Ausflug im August: Ulla stellt
vorläufiges Programm vor und wird
gebeten, für Schwäbisch Hall und
Kloster Schöntal je eine Führung zu
buchen. Endgültiges Programm folgt.

TOP 4: SPD-Veranstaltung „Auf die Plät- ze“ in Tennenlohe

„Auf die Plätze“-Anfrage der SPD Er-
langen: Lebhaftige Diskussion entsteht,
welche Plätze in Tennenlohe einer
dringenden Sanierung bedürfen. Hohe
Dringlichkeit haben Weiher bis zum
Platz vor der Kirche und die Renaturie-
rung der Parkplätze vor dem „Goldenen
Schwan“. Ein Termin im September wur-
de angedacht.

TOP 5: Verschiedenes

- In der Erstunterkunft halten sich zur
Zeit viele Afrikaner auf. Sie haben
große Füße, daher werden dringend
große Sportschuhe, u.a. fürs Fußball-
spielen, gesucht.
- Das Problem einer Haftpflichtversi-
cherung für Flüchtlinge ist weiterhin
ungeklärt.
- Die anwesenden Mitglieder sprechen

Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:

Rolf Schowalter

Telefon: 601924

rolfschowalter@t-online.de

sich für die Nachverdichtung in der Paul-Gordan-Straße aus.

Ursula Schnapper

Protokoll der Distriktsversammlung vom 13. September

TOP 1: Aktuelles

Die Gemeinschaftsunterkunft am Weichselgarten wird zum 1. Oktober 2016 geschlossen. Sie war von Anfang an als Notunterkunft gedacht (nach oben offene kleine Räume, Sanitäranlagen in anderen Gebäuden, Brandschutzprobleme, keine Möglichkeit zur Selbstversorgung). Als Erstunterkunft wird sie weiterhin für den Bedarf vorgehalten. Die Fahrradwerkstatt kann vorerst bleiben. Die Bewohner werden in verschiedene andere Unterkünfte, z. B. Am Erlanger Weg (seit 2015 geplant) und Hartmannstraße, verlegt.

TOP 2: Diashow zum Ausflug im August Wird auf Oktober verschoben

TOP 3: Projekt Tennenlohe

Der Verein Förderinitiative Tennenlohe.de steht möglicherweise vor der Auflösung. Der Wunsch nach Übernahme durch den Ortsbeirat oder Änderung/Umwidmung war seitens des Vereins geäußert worden. Der Ortsbeirat als solcher kann aber nicht als juristische Person auftreten. Die anwesenden Ge-

nossen haben sich in der Diskussion eher gegen solche Überlegungen ausgesprochen.

Der Verein 750 Jahre Tennenlohe wird spätestens 2017 aufgelöst. Ob es zur Gründung eines Nachfolgevereins kommen kann, ist derzeit offen.

TOP 4: SPD-Veranstaltungen in Tennenlohe

- Für die Bürgersprechstunde mit Martina Stamm-Fibich am 5. Oktober um 19 Uhr im Schlössla stellten wir folgenden Themenkatalog zusammen: Gesundheitspolitik, Renten, bezahlbares Wohnen und Nachverdichtung, Flüchtlinge, Waffenstillstand in Syrien, CETA.
- Verbesserung bzw Sanierung des Parkplatzes vor der Evangelischen Kirche und Verschönerung des gesamten Areals entlang der Sebastianstraße bis zum „Goldenen Schwan“ wird beantragt und soll im Ortsbeirat behandelt werden. Auf eine eigene Veranstaltung im Rahmen der Reihe „Auf die Plätze“ wird aber nach intensiver Diskussion verzichtet. Es fehlt momentan an ausreichender Grundlage für eine solche Veranstaltung.
- Achtung: Die nächste Distriktsversammlung findet erst am 18. Oktober um 19 Uhr im Schlössla statt.

TOP 5: Verschiedenes

Lebhafte, ergebnisoffene Diskussion über aktuelle Themen

Ursula Schnapper

■ **Distrikt West**

Vorsitzender:

Gerd Peters

Telefon: 44366

gerd.peters-er@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir treffen uns am

Mittwoch, 19. Oktober, 20 Uhr im Gasthaus „Zur Einkehr“ (Güthlein)

Haupt-Thema ist die weitere Bebauung im Stadtwesten. Insbesondere geht es dabei auch um Überlegungen im Bereich Odenwaldallee. Unser Weststadtrat Philipp Dees wird in das Thema einführen und mit uns diskutieren. Sicherlich geht es dabei auch um das Problem „bauliche Verdichtung“. Daneben geht es u. a. um verschiedene aktuelle

Berichte aus Stadtrat und Kreisvorstand.

Wir würden uns über Euer Kommen freuen. Die Gestaltung unserer Stadt hat langfristige Auswirkungen. Deswegen ist Eure Meinung gefragt!

Im Auftrag des Vorstands
Gerd Peters

P. S.: Unser September-Treffen war gut besucht. Im Mittelpunkt stand das Thema „Türkei“. Zafer Titiz führte in das Thema ein und stellte eine Vielzahl von teilweise wenig bekannten Aspekten dar. Daraus entwickelte sich eine breite Diskussion. 20 Genossinnen und Genossen waren gekommen.